

Das Team der youngstars



Schon mal was von der Europawahl gehört?

Wenn nicht, dann wird's jetzt aber mal Zeit!!!

Die europäische Staatengemeinschaft hat sich mittlerweile so weit entwickelt, dass sie ein gemeinsames „Oberhaupt“ hat: das Europäische Parlament (EP). In diesem Parlament sitzen Vertreter(innen) aus allen Ländern der Europäischen Union (EU). Seit 1979 wird alle fünf Jahre die Zusammensetzung dieses Parlaments neu bestimmt. Dieses Jahr nehmen erstmals 25 Länder an der Wahl teil. Und auch du kannst mitentscheiden!!

Denn am 13. Juni 2004 um 8.00 Uhr machen in Deutschland die Wahllokale ihre Türen auf. Dann liegen Zettel und Stift bereit – und es liegt an dir, wo du dein Kreuz hinsetzt!

Wir von der youngstars-Redaktion wollen dir deine Entscheidung erleichtern und haben deshalb diese Zeitung herausgebracht. Du findest darin auf acht Seiten Infos zu allen wichtigen Themen der Europawahl, inklusive Internetadressen für mehr Hintergrundwissen. Die Artikel wurden von uns – wir sind 13 Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren aus ganz Deutschland – mit der Absicht geschrieben, dir einen Überblick über die Europawahl und die Themen des Wahlkampfes zu geben.

Darum merke dir den 13. Juni 2004 vor, denn es gilt: Wer nicht wählt, hat schon verloren!

Gesche und Kerstin für das Redaktionsteam

Highlights

Die WahlSeite 2

ParteiprogrammeSeite 4

Die Werte der UnionSeite 5

UmweltpolitikSeite 6

EU-Mitglied Türkei?Seite 6

Verhältnis USA-EUSeite 7

Berufschancen in EuropaSeite 8

„Keine Ahnung...!“

Ein Kommentar zu bedenklichen Umfrageergebnissen bei 20 Jugendlichen

„Keine Ahnung...!“ – Das war die häufigste Antwort, die youngstars-Redakteur Markus bei Befragungen über die Europäische Union (EU) zu hören bekommen hat. Die schlechte Informationspolitik der EU hat ihn schon immer gestört, aber nun ging er der Sache mit einer Umfrage auf den Grund:

Woran liegt es, dass Jugendliche keine Ahnung von Europa haben? Meine Vermutung: Sie wissen nicht, warum die EU wichtig ist. Ich habe Jugendliche gefragt, was ihnen persönlich die EU bringt, und sie antworteten mir: „grenzenlos reisen“ (Ina, 20 Jahre, Studentin der Molekularmedizin aus Ulm), „den Euro“ (Max, 22 Jahre, Student der Wirtschaftsinformatik aus Stuttgart) – oder ich erhielt einfach nur ein Schulterzucken.

Fakt ist, die EU bringt den Jungen auf den ersten Blick relativ wenig. Aber das ist nur die eine Seite. Es mangelt auch an Aufklärung über die europäische Politik: wie sie funktioniert, was da passiert usw. Kein Einziger der 20 befragten Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 22 Jahren wusste, was am 13. Juni 2004 stattfindet. Es kamen Antworten wie: „Da bin ich in den Ferien...“, „Da studiere ich vermutlich...“ oder „Ist da 'ne Party?“ Keiner kam auf die Europawahl. Zu meiner Frage, ob sie denn wählen gehen

würden, meinten die meisten, sie seien nicht an Politik interessiert. Einige fragten mich, was denn überhaupt gewählt würde. Nur ein Einziger sagte, dass er auf jeden Fall wählt und auch schon wüsste, welche Partei.

Woran liegt dieses ernüchternde Ergebnis? Viele Erwachsene würden es sich sicher einfach machen und sagen, dass es an der Politikverdrossenheit, an der Spaßgesellschaft oder am mangelnden Zeitungslesen liegt. Das mag sogar stimmen! Ich bin aber der Überzeugung, dass die Politik sich viel zu sehr von der Jugend entfernt hat und ihre Sprache nicht mehr kennt. Durch die Medien werden nur noch die Gesichter der Parteien dargestellt, aber die Parteiprogramme und Inhalte werden vernachlässigt. Bei der Europawahl wählt man jedoch nicht direkt einzelne Abgeordnete, sondern nur Parteilisten. Außerdem weiß niemand, welche Positionen und Themenschwerpunkte die jeweilige Partei eigentlich hat. Also ist die Wahlbeteiligung entsprechend gering.

Ich will nicht alles auf die Medien schieben, doch der Wissensstand zur EU ist bei Jugendlichen extrem niedrig und könnte durch sie jugendgemäß erhöht werden. Keiner hat Lust sich durch seitenlange Parteiprogramme zu wühlen, um dabei durch

„Fachchinesisch“ für immer abgeschreckt zu werden.

Andererseits gibt es tolle Informations- und Bildungsmöglichkeiten zu europäischen Themen. Wir als Jugendliche sollten vielleicht auch mal selbst die Initiative ergreifen und von unserem hohen Ross herunterkommen. Soll man uns die Informationen ans Bett servieren, damit wir uns damit beschäftigen?

Jugendverbände, Kirchen und andere Organisationen bieten teilweise Informationsveranstaltungen und Seminare an. So ist auch diese Zeitung entstanden. Es muss ein Informationskreislauf geschaffen werden, in dem junge Menschen sich gegenseitig informieren. Dazu muss aber die Politik mehr auf die Jugend zugehen und Themen in ihre Parteiprogramme aufnehmen, die für Jugendliche wichtig sind. Andererseits müssen wir Jugendlichen uns mehr mit der EU und europäischer Politik beschäftigen und auch mal selbst die Initiative ergreifen. So klappt es dann vielleicht auch mit einer höheren Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009... Aber jetzt kommt erst mal die nächste Wahl am 13. Juni 2004. Man kann gespannt sein, wie hoch die Beteiligung da sein wird.

Markus

Ausbildungs- und Berufschancen in Europa

Lob und Kritik aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden

Die Berufs- und Ausbildungschancen in Deutschland haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Es gibt eine hohe Arbeitslosenquote – das betrifft insbesondere viele junge Leute. Selbst auf dem Ausbildungsmarkt bleibt so manch ein(e) Schulabgänger(in) auf der Strecke. Doch wie sieht es in den anderen europäischen Ländern aus? Die youngstars fragte bei Jugendlichen in Belgien, den Niederlanden und in Deutschland nach, wie sie die Situation einschätzen und ob die Ausbildungs- und Berufschancen in Europa verbessert werden sollten.

Belgien



Danny Piel, 16 Jahre, Schüler aus Eynatten:

„Die Studien- und Berufschancen in Europa sind ganz okay. Wir hatten vor kurzem Berufsberatung in der Schule. Das wurde bisher in der 7. Klasse – das ist bei uns die 12.

Jahrgangsstufe – gemacht und jetzt in die 6. Klasse verlegt, weil sie gemerkt haben, dass es in der 12. Jahrgangsstufe zu spät war. Ich sehe keine Schwierigkeit darin, wenn ich nach dem Abitur in Deutschland studieren will.“



Anne Meier, 17 Jahre, Schülerin aus Raeren:

„Ja, sie sollten verbessert werden, damit das Diplom in jedem Land anerkannt wird.

In Deutschland gibt es viel mehr Ausbildungsmöglichkeiten als hier in

Belgien. Bei uns ist das Unterrichtssystem auch viel theoretischer als in Deutschland, dort gibt es mehr Praxis, obwohl ich das System hier in Belgien nicht schlecht finde. Wenn ich demnächst mit der Schule fertig bin, will ich entweder Medizin in Deutschland studieren oder eine Ausbildung zur Krankenschwester in Eupen machen.“

Niederlande



Hugo Indemans, 23 Jahre, Student aus Heerlen:

„Ich weiß zwar nicht, wie die Berufschancen in Europa sind, aber man muss sicherlich darin investieren, sonst werden wir bald Probleme bekommen. Denn der Arbeitsmarkt in den Niederlanden sieht zurzeit nicht gut aus. Die Ausbildung hingegen ist gut.

Aber es ist nicht mehr so einfach einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die meisten Chancen liegen natürlich in den anderen Ländern.“



Nadine Houben, 18 Jahre, Studentin aus Heerlen:

„Ich denke, dass die Berufschancen hier in den Niederlanden und auch im restlichen Europa gut sind.

Ich finde das Ausbildungssystem hier gut. Wenn ich mit meiner Ausbildung fertig bin, werde ich bestimmt in kurzer Zeit einen Job haben.“

Deutschland



Larissa Müller, 18 Jahre, Schülerin aus Eschweiler:

„Ich finde, in Deutschland sind die Ausbildungs- und Berufschancen schon ziemlich gut. Die Ausbildungsmöglichkeiten in anderen europäischen Ländern sind

aufgrund der sozialen Umstände schlechter. Dort werden eher die Reichen gefördert als die Ärmern. Ich wünsche mir, dass es europaweit eine einheitliche Schul- und Studienzeit gibt und mehr Stipendien für Auslandsaufenthalte vergeben werden.“



Annika Frieders, 22 Jahre, Studentin aus Aachen:

„Ich finde, dass die Berufs- und speziell die Ausbildungschancen europaweit verbessert werden müssen. Ein Problem sind für Abiturienten die Bachelor-

Abschlüsse. Die werden nämlich von den verschiedenen Ländern, speziell England, unterschiedlich anerkannt. Der Bachelor ist zwar ein internationaler Abschluss, aber es gibt unterschiedliche Richtlinien. Wenn man während des Studiums einen Auslandsaufenthalt plant, werden einem nur Steine in den Weg gelegt. Wenn die Studienchancen und somit auch die Berufschancen in Europa verbessert werden, sind die Leute vielleicht eher bereit ins Ausland zu gehen.“

Die Befragung führte youngstars-Redakteurin Saskia durch.

Die unglaubliche Vielfalt in Europa

Grundzüge des Wahlrechts und was die Länder unterscheidet

Der Tag der Wahl

Wenn am 13. Juni die letzten Wahlen geschlossen werden, ist die Europawahl 2004 beendet. Doch nicht in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wird an diesem Tag gewählt. Den nationalen Wahlgewohnheiten entsprechend wird in einigen Ländern auch donnerstags, freitags und samstags zur Urne geschritten. Auch die Uhrzeiten, an denen gewählt wird, sind höchst unterschiedlich. Am Donnerstag, dem 10. Juni, werden in Irland, Großbritannien und den Niederlanden die Wahllokale aufgesucht, tags darauf in der Tschechischen Republik und am Samstag in Lettland. Um höhere Beteiligungsquoten zu erreichen, haben sich mit dieser Wahl die ebenfalls traditionell samstags wählenden Dänen umorientiert und votieren nun – wie andere Staaten auch – am Sonntag, dem 13. Juni.

Repräsentationsfunktion der Wahl

Die Wahl zum Europäischen Parlament wird in der Zeit vom 10. bis 13. Juni in 25 Ländern durchgeführt. Es werden also auch die Bürgerinnen und Bürger jener Staaten, die am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, Vertreterinnen und Vertreter in das Europäische Parlament (EP) entsenden. Insgesamt 732 der Wahlkandidatinnen und -kandidaten werden einen Sitz im EP erhalten. Davon wiederum werden 99 Abgeordnete aus Deutschland stammen. Die Anzahl an Parlamentssitzen, die einem Land zusteht, orientiert sich an der spezifischen Einwohnerzahl, ist aber letztlich Ergebnis politischer Verhandlungen. Dass kleinere Nationen wie Luxemburg mit sechs oder Malta mit fünf Abgeordneten gemessen an deren Bevölkerungszahlen im Vergleich zu bevölkerungsreichen Ländern erheblich überrepräsentiert sind, ist politisch begründet. So sollen die bevölkerungsarmen Mitgliedstaaten nicht durch stärkere Majorität und so von politischer Einflussnahme ausgeschlossen werden. Daraus resultiert jedoch, dass bei der Europawahl nicht jede abgegebene Stimme dieselbe Wertigkeit hat, insofern herrscht faktisch auch keine Wahlgleichheit.

Variantenreich sind auch die Anforderungen einzelner Mitgliedstaaten, wie viel Prozent der Stimmen eine Partei mindestens auf sich vereinigen muss, um überhaupt Abgeordnete in das EP entsenden zu dürfen. In Deutschland gilt wie in Frankreich, Luxemburg, Litauen, Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei die Fünf-Prozent-Klausel bei der Wahl zum EP. In Österreich und Schweden beträgt die Hürde vier Prozent und in Griechenland noch drei Prozent. In anderen Ländern bestehen keine derartigen Klauseln. Grundsätzlich dienen solche Mindestklauseln der Arbeitsfähigkeit von Parlamenten, sie schaden jedoch dem Ziel der authentischen Abbildung des Volkswillens.

Aktives Wahlrecht

Aktiv wählen bedeutet ganz einfach, seine Stimme an der Urne zu vergeben. In Deutschland dürfen Deutsche ab 18 Jahren mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem Mitgliedstaat der EU zum EP wählen. Auch Deutsche, die noch nicht länger als zehn Jahre in einem dritten Staat leben und in das deutsche Wählerverzeichnis eingetragen sind, haben Wahlrecht. Ausländer(innen), so sie Staatsbürger(innen) eines EU-Mitgliedlandes sind, dürfen unter bestimmten Voraussetzungen auch in Deutschland votieren. Gleiches gilt natürlich für im EU-Ausland lebende Deutsche dort. Die Wahl zum EP folgt den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes. Der oder die einzelne Bürger(in) gibt seine bzw. ihre Stimme also nicht einem/einer bestimmten Kandidat(in) oder Kandidatin, wie bei wahlkreispezifischen Mehrheitswahlen, sondern einer bestimmten Partei. Diese wiederum stellt zuvor intern Wahllisten mit eigenen Kandidat(in)en auf. In Deutschland überwiegen Bundeslisten. Indes bestimmen CDU und CSU ihre Kandidat(in)en auf Landesebene, wobei die Bezirke starken Einfluss ausüben. Dadurch wird versucht, die Kandidat(in)en stärker einzelnen Regionen zuzuordnen.

Es ist den Bürger(in)en in Deutschland allerdings nicht möglich, einzelne Kandidat(in)en auf einer Liste zu wählen. Ihnen bleibt lediglich die Option, eine Liste komplett zu unterstützen oder nicht. Je nach Erfolg einer Partei stehen ihr entsprechend viele Plätze zu. Es zieht in Deutschland stets zunächst die Nummer eins auf deren Liste in das EP ein, dann die Nummer zwei usw. Doch das ist längst nicht überall so: Anders verhält es sich nämlich in Österreich, Italien, Dänemark, Finnland, Schweden und den Benelux-Staaten. Dort kann das Volk die Reihenfolge der Kandidat(in)en auf den Listen durch Präferenzstimmen selbst ordnen und somit individuell einzelne Kandidaturen besonders unterstützen. In Schweden können die Listen durch Streichen und Hinzufügen von Kandidat(in)en noch flexibler individuellen Wünschen angepasst werden. In einigen Mitgliedstaaten existiert jedoch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Wahl. Dies trifft auf Belgien, Luxemburg und Griechenland zu.

Macht der oder die Wahlberechtigte nicht von seinem oder ihrem Wahlrecht Gebrauch, können ihn oder sie Sanktionen wie der Wegfall staatlicher Zuwendungen treffen.

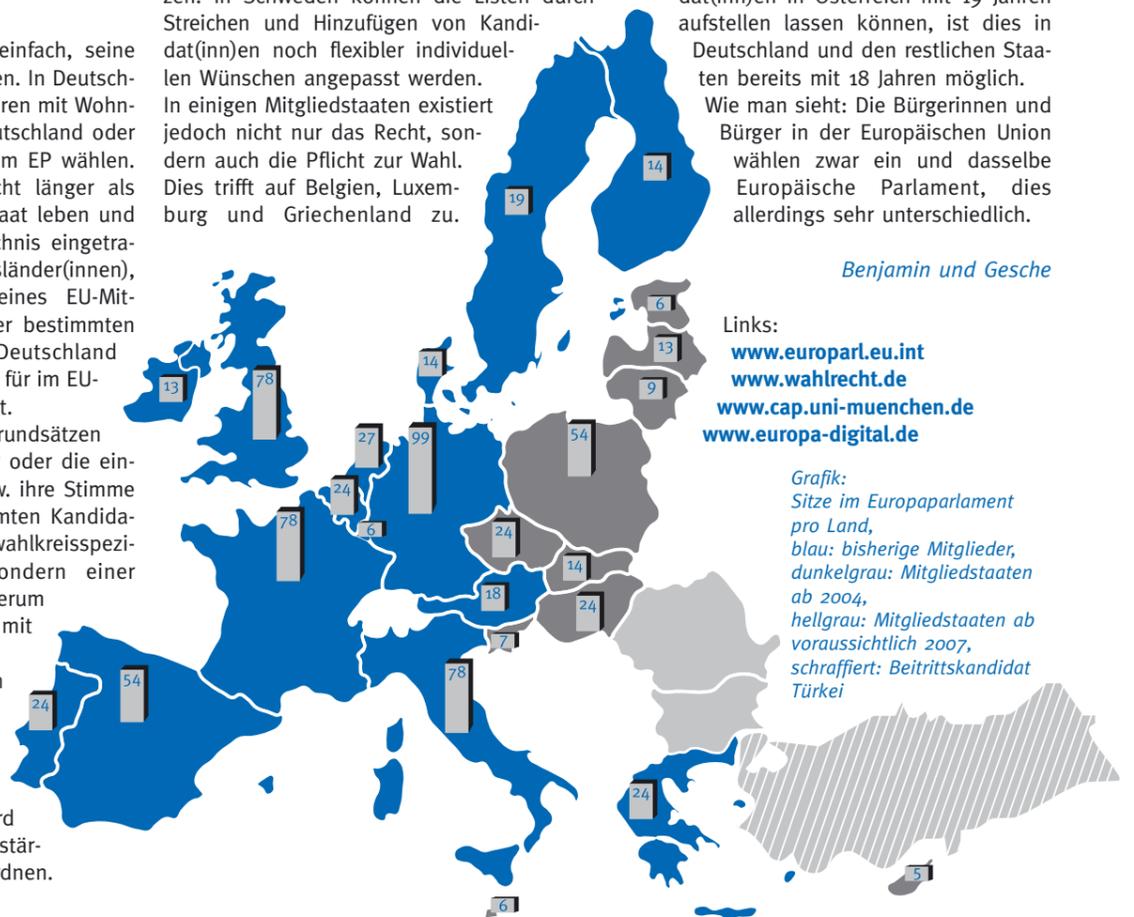
Passives Wahlrecht

Das passive Wahlrecht, also das Recht, sich wählen zu lassen, ist in den verschiedenen Ländern – wie könnte es anders sein – auch unterschiedlich geregelt. So können sich junge Erwachsene in Italien und Litauen erst mit 25 Jahren in das EP wählen lassen. In Griechenland, Belgien, Luxemburg, Irland, Großbritannien, Lettland, Estland, Polen, Tschechien und der Slowakei beträgt das Mindestalter 21 Jahre. Während sich Kandidat(in)en in Österreich mit 19 Jahren aufstellen lassen können, ist dies in Deutschland und den restlichen Staaten bereits mit 18 Jahren möglich. Wie man sieht: Die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union wählen zwar ein und dasselbe Europäische Parlament, dies allerdings sehr unterschiedlich.

Benjamin und Gesche

Links:
www.europarl.eu.int
www.wahlrecht.de
www.cap.uni-muenchen.de
www.europa-digital.de

Grafik:
 Sitze im Europaparlament pro Land,
 blau: bisherige Mitglieder,
 dunkelgrau: Mitgliedstaaten ab 2004,
 hellgrau: Mitgliedstaaten ab voraussichtlich 2007,
 schraffiert: Beitrittskandidat Türkei



Crashkurs Wahlwissen: Das Europäische Parlament

In 10 Minuten durch den Dschungel des Europäischen Parlaments

Am 13. Juni 2004 steht die Wahl des Europäischen Parlaments (EP) ins Haus – nunmehr zum fünften Mal. Als einziges direkt von den EU-Bürger(in)en gewähltes Organ wird es zukünftig rund 500 Millionen Europäerinnen und Europäer repräsentieren. Jede unserer Stimmen nimmt auf seine Arbeit Einfluss. Doch was genau wählen wir da überhaupt? Das EP „besteht aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten“. So steht es seit 1957 im Vertrag von Rom geschrieben.

Im Klartext: Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) schickt eine festgelegte Zahl von Abgeordneten nach Straßburg bzw. nach Brüssel zu den Tagungsorten des Parlaments. Dort sollen sie die Meinung ihres Landes vertreten. Diese Abgeordneten werden alle fünf Jahre auf nationaler Ebene gewählt. Wie wir wissen, ist es dieses Jahr am 13. Juni wieder so weit. An diesem Tag wählen wir erneut deutsche Politiker(innen) für die 99 Sitze, die Deutschland im EP zur Verfügung stehen.

Die Abgeordneten und Fraktionen

Insgesamt sitzen nach dem Beitritt der neuen EU-Länder im Mai dieses Jahres 732 Abgeordnete im Parlament. Deren Sitzordnung richtet sich aber nicht nach den nationalen Delegationen, denn die einzelnen Abgeordneten aus den verschiedenen Ländern stammen aus unterschiedlichen Parteien ihres Landes. Sie vertreten daher meist nicht die gleiche politische Meinung. Deswegen hat man sieben Fraktionen gebildet; vertreten

sind außerdem einige fraktionslose Abgeordnete. Die Fraktionen im EP sind mit den Parteien in Deutschland vergleichbar. Jede einzelne Fraktion versucht ihre Interessen durchzusetzen – dies ist aber nur bedingt möglich, da im EP viele konträre Ansichten bestehen und trotzdem eine allgemeingültige Lösung gefunden werden soll. So wird gewährleistet, dass wirklich alle Interessengruppen vertreten und bei der Lösungsfindung mit berücksichtigt werden. Das EP setzt sich aus folgenden Fraktionen zusammen:

Europaparlaments-Fraktion	Sitze
Europäische Volkspartei/Christdemokraten (EVP)	233
Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	175
Liberalen und Demokratischen Fraktion Europas (LIBE)	53
Vereinigte Europäische Linke (VEL bzw. KVEL)	49
Die Grünen (GRÜ)	45
Union für das Europa der Nationen (UEN)	23
Europa der Demokratien und Unterschiede (EDU)	18
fraktionslose Abgeordnete (FL)	30

Die Arbeit und die Kompetenzen des Europäischen Parlaments

Nachdem wir nun schon etwas besser über das EP Bescheid wissen, drängt sich uns langsam eine Frage auf: „Aber was tun die in

Straßburg bzw. in Brüssel eigentlich?“ – Nach den Neuerungen des Amsterdamer Vertrags von 1997 kann man dazu nur sagen: „Relativ viel!“

Das Europäische Parlament hat drei grundlegende Befugnisse: Als erstes wäre da die Mitsprache bei der Gesetzgebung. Durch die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens wurde die Rolle des EP gestärkt. Es besagt, dass bestimmte Rechtsakte vom Parlament und vom Europäischen Rat gemeinsam erlassen werden müssen. Der Rat braucht seither in den meisten Fällen die Zustimmung des

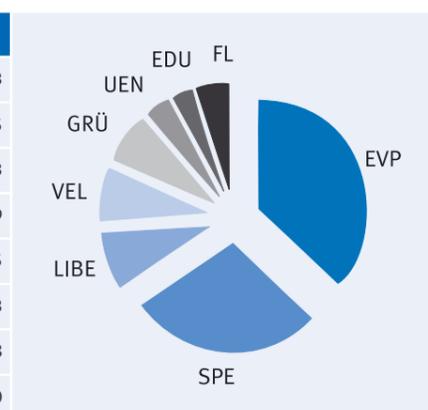
Das macht die Europäische Union um einiges demokratischer, als das vorher der Fall war. Der zweite Befugnisbereich betrifft den Haushaltsplan der EU. In diesem wird festgehalten, wie viel Geld an welche Stellen, Länder oder Institutionen fließen soll. Der Haushaltsplan tritt erst in Kraft, wenn dieser vom Präsident des Parlaments unterzeichnet wurde. Zur Zeit ist dies der Ire Pat Cox. Erst danach verfügt die EU über die finanziellen Mittel für das kommende Jahr.

Als letzter und wahrscheinlich wichtigster Befugnisbereich ist die Kontrollfunktion des Parlaments zu nennen. Das EP hat die Möglichkeit Untersuchungsausschüsse einzusetzen und kann so viele Organe der EU demokratisch kontrollieren. Diese Institutionen sind dem Parlament gegenüber also rechen-schaftspflichtig. Das heißt, dass das Parlament stets dazu berechtigt ist, Informationen über ihr Handeln einzuholen. Auch können einzelne Abgeordnete des EP direkte mündliche Anfragen stellen.

Ich glaube, jeder und jedem wird beim Lesen des Artikels immer mehr bewusst geworden sein, welch mächtiges Organ das EP ist. Aber vergesst nicht: „Alle Macht geht vom Volke aus.“ – Nutzt diese Macht! Geht wählen!

Gerald

Links:
www.europa-digital.de,
www.europarl.eu.int,
www.epwahl.de



Was macht eigentlich eine Europaparlamentarierin?

Interview mit Elisabeth Schroedter, einer Grünen-Abgeordneten im Europaparlament

Beim Thema Europawahl dachte „youngstars“-Redakteurin Kerstin sofort an die Abgeordneten im Parlament. Sie beschäftigte vor allem die Frage nach den Aufgaben eines Parlamentariers. Auf der Suche nach Antworten wandte sie sich an Elisabeth Schroedter (44), eine Parlamentarierin der Grünen im Europaparlament. Was sie über die Tätigkeiten einer Abgeordneten herausfand, lest ihr hier:



Elisabeth Schroedter

Was genau sind Ihre Tätigkeiten als Europaparlamentarierin?

Meine Arbeit wird von meinen Ausschüssen bestimmt. Ich bin Mitglied im außenpolitischen Ausschuss, im Regional- und Verkehrsausschuss und im Sozialausschuss. Für die Ausschussarbeit gibt es eine Arbeitsteilung unter uns Abgeordneten innerhalb der Grünen/der Fraktion der Europäischen Grünen Partei (EGP). Als Verantwortliche für den EU-Erweiterungsprozess meiner Fraktion prüfte ich zusammen mit den Kolleg(inn)en aus den anderen Fraktionen die Fortschritte der Kan-

didatenländer in ihrer Anpassung an die EU-Gesetzgebung in 31 Fachkapiteln, wie z. B. Umwelt, Soziales oder Finanzen. Gleichzeitig haben wir die Kommission kontrolliert, ob sie die Prioritäten im Beitrittsprozess und bei den Heranführungshilfen richtig umgesetzt hat. Das war eine sehr umfassende Arbeit, die mir kaum Zeit für anderes ließ. Im Regional- und Verkehrsausschuss lag mein Schwerpunkt in der Kontrolle des Einsatzes der Europäischen Strukturfonds. Daneben schreibe ich zurzeit u. a. an der Finanzverordnung für die Transeuropäischen Verkehrsnetze und an der Regelung über die Bedingungen zur Liberalisierung des Öffentlichen Nahverkehrs mit. Im Sozialausschuss bin ich Berichterstatterin zum Gesetz für die Kontrollen von Lenk- und Arbeitszeiten von Kraftfahrern.

Was gefällt Ihnen an Ihren Aufgaben besonders?

Mir gefällt der Arbeitsstil im Parlament. Verlangt wird an jeder Stelle umfassendes und europäisches Denken und die Fähigkeit zur Kompromissbildung. Im Parlament gibt es keine festen Mehrheiten. Mit Verhandlungsgeschick kann auch ich – als Mitglied einer kleinen Fraktion – mich durchsetzen. Vorausgesetzt, es gelingt mir die anderen von meinen Ideen zu überzeugen und ihre Bedenken in Kompromissformulierungen zu berücksichtigen.

Gibt es eine bestimmte Routine in Ihrem Tagesablauf?

Das grobe Tagesgerüst sieht folgendermaßen aus: In Brüssel sind die Sitzungen zwischen 9.00 Uhr und 18.30 Uhr. In Straßburg von 9.00 Uhr bis 21.00 Uhr, teilweise bis 24.00 Uhr. Sie bestimmen den Tagesablauf. Für die Vorbereitungen bleibt meist nur die Zeit kurz davor oder danach. In den 2 Stunden Mittagspause laufen Verhandlungen oder Gespräche mit den Mitarbeitern. Doch eigentlich gleicht kein Tag dem anderen. Täglich gibt es mehrere Überras-



Das Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel

schungen, die alle die Kunst im flexiblen Zeitmanagement herausfordern. Abends bin ich dann glücklich, wenn alles geklappt hat und jeder Sonderwunsch nach Gesprächen, Interviews oder Verhandlungen erfüllt werden konnte.

Wo arbeiten Sie und wie viele Büros haben Sie?

Ich habe drei plus ein Büro. Je einen festen Büroraum habe ich in Brüssel, Straßburg und Berlin. Zwischenzeitlich arbeite ich aber auch im Zug, auf Flughäfen, in Hotels und zu Hause. Das zusätzliche Büro besteht also aus meinem Koffer, einem Laptop und meinem Handy. So kann ich von jedem Ort zu jeder Zeit mit meinen drei Mitarbeiter(inne)n, die mich bei meiner Arbeit unterstützen, kommunizieren.

Ein Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit arbeitet an meiner Homepage um sie stets auf dem aktuellen Stand zu halten und meine Arbeit darin für alle verständlich zu präsentieren. Die Büroleiterin in Brüssel ist für die Vorbereitungen der Sitzungen und den organisatorischen Ablauf an den Sitzungstagen

verantwortlich. Die Büroleiterin in Berlin ist für alle organisatorischen Fragen im Wahlgebiet zuständig. Das ist formal ganz Deutschland, im engeren Sinne sind es die ostdeutschen Länder und Berlin. Sie bereitet alle Veranstaltungen und Reisen vor, hält den Kontakt zur deutschen Presse und beantwortet die Bürger(innen)anfragen.

Wie viele Tage im Monat sind Sie in Ihrem Wahlkreis in Deutschland?

Durchschnittlich verbringe ich etwa zwei bis vier Tage pro Woche in Deutschland. In den verschiedenen Monaten des Jahres variiert das, abhängig u. a. auch von der Abfolge der unterschiedlichen nationalen Feiertage. So bin ich im Herbst und Winter weniger in Deutschland als im Frühjahr.

Die Redaktion der youngstars bedankt sich bei Elisabeth Schroedter für das aufschlussreiche Gespräch.

Weitere Informationen findet ihr unter: www.elisabeth-schroedter.de

Kerstin

Never give up!

Junge Kandidatin erzählt von ihrem Weg ins Europaparlament

Dorothea Beetz (22) studiert zurzeit in Mannheim Französisch, Geschichte und Politikwissenschaft. Sie ist seit etwa fünf Jahren aktiv in der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und mittlerweile stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union Baden-Württemberg. Dieses Jahr kandidiert sie für die Europawahl im Juni. Im Interview erzählte sie von ihrer „Laufbahn“. Hier die Zusammenfassung des Gesprächs mit ihr:



Dorothea Beetz

„Als ich 17 war, waren Freunde von mir in der Jungen Union. Ich bin damals einfach mal mit, weil es dort lustig zugeht. Als ich dann

gesehen habe, dass hier meine Interessen vertreten werden, bin ich eingetreten. Zunächst war ich in der ‚Schüler-Union‘ aktiv. Im Rahmen der Aktion ‚Schüler im Landtag‘ haben wir Schülerinnen und Schülern aus allen Schulen, unabhängig von politischen Richtungen, die Arbeit des Landtages näher gebracht. So kam ich mit der Landespolitik in Berührung und wurde Landesvorsitzende der Schüler-Union.

Nachdem ich die Schule abgeschlossen hatte, engagierte ich mich im Landesvorstand der Jungen Union Baden-Württemberg für den Bereich Bildungspolitik. Als stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Union helfe ich heute mit, die Landesregierung auf Trab zu halten. Natürlich gehört für mich die regelmäßige Teilnahme an den Landesparteitagen dazu.

Außerdem bin ich auch CDU-Ortsvorsitzende von Mannheim-Gartenstadt und kümmere mich um die speziellen Anliegen meines Stadtteils. In diesem Jahr habe ich mich für die Europawahl aufstellen lassen. In der CDU werden die Kandidatenlisten möglichst basisnah und demokratisch aufgestellt. So stimmen alle Parteimitglieder direkt über ihre Kandidaten ab. Bei der Europawahl werden die Kandidatinnen und Kandidaten auf Bezirksebene gewählt. Durch mein Engagement in der Jungen Union Baden-Württemberg war ich schon recht bekannt und konnte auf einige Stimmen hoffen. So habe ich mich für die Plätze 11 bis 20 bei der Kandidatenwahl aufstellen lassen und die meisten Stimmen erhalten. Daher kam ich auf Platz 11 der Landesliste.

Voraussetzung für eine solche Kandidatur in der CDU sind Volljährigkeit, die Bereitschaft im Wahlkampf mitzuarbeiten und die nötige Sachkompetenz. Meine Chancen bei der Wahl im Juni ins Europäische Parlament einzuziehen, tendieren jedoch

gegen Null, weil ich mit Platz 11 zu weit hinten bin. Falls es also nicht klappen sollte, wäre das für mich nicht so schlimm, denn ich bin durch mein Studium an Mannheim gebunden. Außerdem habe ich mich zusätzlich für die Wahl des Mannheimer Stadtrats im Juni aufstellen lassen. Allgemein kann ich nur jedem empfehlen, sich in Parteien, Interessengruppen, Verbänden oder Vereinen zu engagieren: Mitmachen lohnt sich! Wer mitmacht, sichert Demokratie und Freiheit oder zum Beispiel auch einfach nur die Jugendarbeit in seinem Verein. Wer mitmacht, hat Spaß. Wer mitmacht, kann gestalten, seine Ideen einbringen und sich über Erfolge freuen. Mit meiner Kandidatur möchte ich auch andere junge Leute motivieren, zur Wahl zu gehen und ihre Stimme abzugeben.“

Die Redaktion der youngstars bedankt sich bei Dorothea Beetz für das informative Interview.

Gesche



Ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments im Gespräch

Interview mit Martin Schulz

Am 16. November 2003 wurde Martin Schulz als SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl im Juni 2004 nominiert. **youngsters**-Redakteurin Désirée sprach mit dem überzeugten Europäer über seine Arbeit im Europäischen Parlament und die Frage, wie man jungen Leuten die Europäische Union näher bringen kann.

Beschreiben Sie kurz Ihren politischen Werdegang.

Den Grundstein für meine politische Karriere habe ich 1974 im Alter von 19 Jahren mit dem Eintritt in die SPD gelegt. Erste Ämter waren der Vorsitz des Juso-Stadtverbandes Würselen und später des Juso-Unterbezirks Kreis Aachen. Nach Aufgaben im Ortsverein und Stadtverband sowie im SPD-Unterbezirk Kreis Aachen wurde ich 1984 in den Rat der Stadt Würselen gewählt. Von 1987 bis 1998 war ich Bürgermeister in Würselen. Die Arbeit auf Kreisebene hat sich insbesondere auch aufgrund des euregionalen Standortes des Kreises Aachen auf meine Tätigkeit als Europaabgeordneter ausgewirkt. Seit 1984 bin ich Vorstandsmitglied des SPD-Unterbezirks Kreis Aachen und habe dessen Vorsitz seit 1996.

Was sind Ihre Funktionen und Aufgaben im Europäischen Parlament?

Seit 1994 vertrete ich als Europaabgeordneter die fünf SPD-Wahlkreise Stadt und Kreis Aachen sowie die Kreise Euskirchen, Heinsberg und Düren im Europäischen Parlament. Ich war zuerst Mitglied im Innenausschuss und bin nach zwei Jahren Sprecher der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) in diesem Ausschuss geworden.



Martin Schulz

Seit 2000 bin ich Vorsitzender der 35 SPD-Abgeordneten im Europaparlament, seit 2002 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPE-Fraktion. Seit dieser Zeit setze ich mich für Fragen von Toleranz, Gleichberechtigung, Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ein.

Welche Gründe hatten Sie, für das Europäische Parlament zu kandidieren?

Die Europäische Union hat dem Kontinent, der über Jahre hinweg nur Krieg, Not und Elend kannte, die längste Periode von Frieden und Wohlstand beschert. Dieser Zustand muss jeden Tag neu erkämpft werden. Ich glaube, dass die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Vereinigung der unterschiedlichen Völker Europas und das damit einhergehende, tiefe Verständnis füreinander ein enormer Beitrag dazu sind, dass Europa sein Friedensmodell in die Politik exportieren

kann. Einer meiner wichtigsten Leitsätze in Bezug auf die EU lautet folgendermaßen: „Ein stabiles Europa nach innen und ein fairer Partner in der Welt“.

In welchen Bereichen des Europäischen Parlamentes engagieren Sie sich besonders?

Ich war einige Jahre stellvertretender Vorsitzender des Menschenrechte-Ausschusses und habe dort mit Claudia Roth und Otto von Habsburg in der Menschenrechtspolitik zusammengearbeitet. Außerdem habe ich in der Innen- und Rechtspolitik agiert. Seit der Wahl zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament vor vier Jahren bin ich im politischen Management tätig. Nach der Europawahl im Juni strebe ich den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament an.

Wie kann man Jugendlichen „Europa“ nahe bringen? Was bietet ein vereintes Europa jungen Leuten?

Ich sage immer Folgendes: „Die einzelnen Staaten sind für die kleinen Probleme zu groß und für die großen Probleme zu klein.“ In unserer deregulierten Zeit werden Bund und Land Ausbildungsstellen nur bedingt sichern können. Die Entwicklung der internationalen Wirtschaft wird die Anzahl der Ausbildungsplätze bestimmen. Ich sehe die EU deshalb als einen „Global Player“, durch den Europa im internationalen Wettkampf bestehen kann.

Die Frage nach der Ausbildung hängt davon ab, ob wir als EU im internationalen Wettbewerb bestehen können. Deswegen muss die EU auch ständig weiterentwickelt werden. Denn da, wo die Europäer gemeinsam an

einem Strang ziehen, werden sie ökonomisch und wirtschaftlich stark sein. In dieser Gemeinsamkeit liegt die Zukunft – auch für die jungen Generationen.

Warum ist die EU für viele Menschen – auch für die jungen Leute – so schlecht greifbar? Wir brauchen erkennbare Institutionen. Es muss klar werden, wer Europa regiert und wer diese Regierung kontrolliert. Dafür brauchen wir die Europäische Verfassung.

Worüber können Sie (Tränen) lachen?

Über mich und vor allem über Sketche, die von meiner Tochter vorgeführt werden.

Was macht Sie wütend?

Rassismus und Intoleranz.

Ihr wichtigster Charakterzug?

Ich kann Höhen und Tiefen gleichermaßen verarbeiten.

Ihre liebsten Filmhelden?

Fernandel und Gino Cervi (Don Camillo und Peppone).

Was macht Sie stolz?

Das Lebenswerk meiner Eltern.

Mit welchem Prominenten würden Sie gerne essen gehen?

Mit Skispringer Martin Schmidt.

Wen hätten Sie gerne kennen gelernt?

Papst Johannes XXIII.

Wo und wie urlauben Sie am liebsten?

In meiner Lieblingsregion: der Bretagne.

Martin Schulz, geboren am 20. Dezember 1955 in Eschweiler-Hehlrath, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er ist Mitglied des Europäischen Parlaments in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).

Désirée

Parteiprogramme zur Europawahl – Ein Vergleich

Partei/Fraktion/Wahlprogramm im Internet	Leitbild	Sozialpolitik	Friedenspolitik
Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)/ Christlich-Soziale Union (CSU) Europäische Volkspartei (EVP) www.epp-ed.org oder www.cduscu.de	Europa als eine Union der Werte, auf der Grundlage des Christentums und der Aufklärung. Gleichzeitig wird die Vielzahl an nationalen, regionalen und lokalen Kulturen begrüßt. Leitbild ist eine Einheit in Verschiedenheit.	Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist die beste Sozialpolitik. Diese soll durch die Schaffung der „richtigen Bedingungen“ für freien Wettbewerb geschehen. Aufgrund der demografischen Entwicklungen müssen in sämtlichen EU-Mitgliedstaaten langfristig sichere und für alle Generationen faire Gesundheits- und Rentensysteme geschaffen werden.	Die EU sollte außenpolitisch und sicherheitspolitisch mit einer Stimme sprechen und eng mit der NATO zusammenarbeiten. Dabei ist es wichtig, die gemeinsamen Kräfte gegenüber neuen Bedrohungen wie dem internationalen Terrorismus zu verstärken.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) www.europakampa.de	Die Europäische Verfassung muss die Grundlage für ein demokratisches wie auch starkes Europa legen. Europa ist eine Friedensmacht, daher soll die Stärke Europas auf der Sicherung des Friedens und der Verteidigung elementarer Rechte liegen.	Im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse des Menschen und die Durchsetzung von sozialen Grundrechten, die in der Europäischen Grundrechte-Charta festgehalten wurden. Ziele sind soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung, sozialer Fortschritt, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, betriebliche Mitbestimmung, gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie die Förderung von grenzüberschreitender Ausbildung.	Leitlinie ist es, Konflikte präventiv zu verhindern und den Frieden zu sichern sowie für Menschenrechte einzutreten. Die Sozialdemokraten wollen eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion, die offen ist für alle Mitgliedstaaten, die dies wünschen. Internationale Einsätze der EU sollen nur auf der Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen erfolgen.
Bündnis 90/Die Grünen Greens www.gruene-partei.de	Sie möchten ein ökologisches, demokratisches, friedliches, gerechtes und weltoffenes Europa. Dabei stehen der Mensch und die Unantastbarkeit seiner Würde im Mittelpunkt.	Durch Vergleiche mit anderen Systemen sollen Sozialdumping verhindert, Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft und eine gerechte Verteilung und die Grundversicherung für alle erreicht werden. Im Gesundheitswesen sollen Präventionsmaßnahmen und Naturheilverfahren mehr in den Vordergrund treten.	Ein friedliches Europa wird angestrebt, das Zentrum von Friedensforschung und friedlicher Konfliktbewältigung werden soll. Dabei stehen Abrüstung, Rüstungskontrolle und -begrenzung von ABC-Massenvernichtungswaffen sowie die Eindämmung und der Abbau von Waffenexporten im Vordergrund.
Freie Demokratische Partei (FDP) Liberaler und Demokratischer Partei Europas (ELDR) www.fdp-bundesverband.de	Individuelle Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und freier Handel sind die Grundlagen der Europäischen Union. Ihre Bürger leben in einer modernen weltoffenen Gesellschaft, deren wirtschaftlicher Erfolg durch Leistungsorientierung, hohe Bildungsstandards und offene Märkte möglich wurde. Die Vision der Liberalen von Europa ist ein Europa der Bürger, in dem die Politik von unten nach oben organisiert ist.	Für Sozialpolitik sollten die Mitgliedstaaten verantwortlich bleiben. Außerdem soll das Familienrecht vereinheitlicht werden.	Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik soll angestrebt werden, mit einem gemeinsamen EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat und der Schaffung einheitlicher europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl.
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Vereinigte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) www.pds-online.de	Ein soziales, demokratisches und friedliches Europa, welches für seine Bürgerinnen und Bürger zukünftig transparenter und unbürokratischer gestaltet werden soll. Weiterhin sind Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit ihre Ziele.	Existenzsichernde Einkommen, sozialer Schutz und Wohlfahrt, verbesserte Qualität und Leistung des Gesundheitswesens und die Überwindung von Armut und Analphabetismus sind ihre Ziele. Ein sozialer Stabilitätspakt zwischen wirtschaftlichem Entwicklungsniveau und der Sozialleistungsquote soll dies verwirklichen.	Krieg und militärische Gewalt, Massenvernichtungswaffen und Waffenexporte werden abgelehnt. Die militärische Kapazität der EU soll auf Nichtangriffsfähigkeit heruntergefahren werden. Ursachenorientierte, präventive Konfliktlösung soll auch bei der Bekämpfung des Terrorismus Mittel sein.

Christliche Werte in der künftigen EU-Verfassung: Am Anfang war das Wort...

Ein Formulierungsstreit zwischen EU-Mitgliedsländern und -Anwärtinnen

Seit dem 4. Oktober 2003 diskutiert und berät sich die Regierungskonferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitglieder der Europäischen Union (EU) über den Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents. Einberufen wurde der Konvent vom Europäischen Rat in Laeken im Dezember 2001. Innerhalb von 17 Monaten erarbeitete das Gremium einen möglichen Entwurf für eine einheitliche Europäische Verfassung.

Ziele dieser Europäischen Verfassung sind unter anderem die Stärkung der europäischen Identität, die Vereinheitlichung der Länder, ein gemeinsames politisches System aufzubauen und einheitliche Richtlinien in der wirtschaftlichen Partnerschaft der EU-Länder aufzustellen.

Derzeit ist die Regierungskonferenz noch nicht abgeschlossen. Wichtige Fragen wie die Zusammensetzung der EU-Kommission, die Stimmgewichtung im Rat und die Rotation der Präsidentschaft sind noch zu klären.

Ein besonderer Streitpunkt ist die Präambel der zukünftigen Verfassung. Dort stellt sich die Frage, ob zum einen die „christlichen“ Wurzeln Europas und zum anderen „Gott“ in der Einleitung erwähnt werden sollen. Denn dieser Einleitungsentwurf, der derzeit der Regierungskonferenz vorliegt, beinhaltet die Formulierung: „[...] Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind, [...]“.

Sieben der 25 Staaten, die an der Regierungskonferenz teilnehmen, fordern die ausdrückliche Erwähnung des „christlichen Erbes“ in der Verfassung. Dazu gehören

Irland, Malta, Polen, Portugal, Spanien, die Slowakei und Tschechien. Frankreich und Belgien aber lehnen dies aufgrund ihrer traditionellen und strikten Trennung von Staat und Kirche ab. Auch der EU-Beitrittskandidat Türkei lehnt diesen Passus des „christlichen Erbes“ ab. Deutschland hingegen hat sich positiv dazu geäußert.

Weniger stark fordern einige EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten die Aufnahme des Gottesbezugs in der Verfassungsurkunde: Gott soll als letzte Instanz in der Präambel genannt werden. Nur Malta und Polen wünschen die Erwähnung Gottes ausdrücklich. Deutschland nimmt in diesem Streitpunkt eine zurückhaltende Position ein: Grundsätzlich sei Deutschland für einen Gottesbezug in der Präambel, aber die Umsetzung könne sich als höchst schwierig herausstellen, so Bundeskanzler Gerhard Schröder.

In der Präambel der EU-Grundrechte-Charta, die im Jahr 2000 in Kraft trat, ist die Formulierung konkreter als in dem Verfassungsentwurf. Dort ist die Rede vom „geistig-religiösen und sittlichen Erbe der Union“, aber in der englischen und französischen Version wurde das Wort „religiös“ mit „spirituell“ übersetzt.

Auch wenn der Konvent noch nicht alle Fragen geklärt hat, steht der nächste Termin für den zweiten Konvent schon fest: Im Jahr 2010 soll die jetzige EU-Verfassung in eine kleinere, handlichere Form gebracht werden.

Saskia

Link: european-convention.eu.int/

Gott in die Verfassung? Polen hat schon längst die Lösung

Ein Kommentar zum Gottesbezug

Die Frage nach dem Gottesbezug in der Verfassung wird nun schon seit einigen Monaten von europäischen Politiker(inne)n diskutiert. Die Geschichte Europas ist im Wesentlichen geprägt vom jüdisch-christlichen Glauben. Dies zu verleugnen würde bedeuten, unsere eigenen kulturellen Wurzeln zu missachten.

Den christlichen Glauben und Gott in der Präambel der Verfassung zu erwähnen, würde aber nicht allen gerecht werden. So würden sich Nichtgläubige oder Vertreter(innen) anderer Religionen diskriminiert fühlen und ihre Werte und Überzeugungen in diesem wichtigen Dokument nicht berücksichtigt finden.

Meiner Ansicht nach muss ein Kompromiss gefunden werden, der keinen ausgrenzt und alle mit einbezieht. Eine Lösungsmöglich-

keit findet man interessanterweise in der polnischen Nationalverfassung. Dort findet sich nämlich die Formulierung: „Die Bürger der Republik, sowohl diejenigen, die an Gott glauben, der Quelle der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Guten und Schönen ist, wie auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen und diese universalen Werte aus anderen Quellen ableiten, beschließen im Gefühl der Verantwortung vor Gott oder vor dem eigenen Gewissen die Verfassung der Republik.“

Diese Formulierung könnte doch auch für die EU ein echter Kompromiss sein, mit dem die christliche Tradition Europas in der Verfassung gewürdigt werden könnte, ohne andere auszuschließen.

Valerie

Wer kennt schon die sieben Rechte!?

Die Werte Europas

Anlehnend an die Grundrechte-Charta der Europäischen Union (EU), die vermutlich bald Teil einer Europäischen Verfassung sein wird, hat „youngstars“-Redakteurin Désirée die sieben Grundrechte für Europa formuliert:

1. Du hast das Recht, dass dein Körper und deine Seele unverletzt bleiben.
2. Du hast das Recht, deine individuellen Gedanken, Ideen und Grundsätze zu verwirklichen.
3. Du hast das Recht, von deinen Mitmenschen respektiert zu werden – egal, ob du Mann oder Frau, schwarz oder weiß, jung oder alt, behindert oder nicht behindert bist.
4. Du hast das Recht, einer Arbeit nachzugehen, medizinische Versorgung zu erhalten und in einer intakten Umwelt zu leben.
5. Du hast das Recht, die Zukunft der Europäischen Union durch deine Stimme mitzugestalten und dich in jedem der EU-Mitgliedsländer aufhalten zu können.
6. Du hast das Recht, bei einem Gerichtsprozess fair behandelt und von einem Anwalt vertreten zu werden.
7. Du hast die Pflicht, nach den Menschenrechten zu leben und deine Mitmenschen würdevoll zu behandeln.

Désirée

Umwelt- und Verbraucherschutz	Bildung und Kultur
Konsequenter Umweltschutz soll durch einheitliche, EU-weite Regelungen und nach dem Prinzip „der Verursacher zahlt“ unterstützt werden. Eine Führungsrolle soll die EU in Bezug auf die globalen Bemühungen, die Klimaveränderungen zu stoppen, einnehmen. Auch der Lebensmittelsicherheit wird durch größere Transparenz und effektive Überwachung der Nahrungskette eine Hauptpriorität eingeräumt.	Bildung muss für jeden frei zugänglich sein und den Menschen dazu bringen, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen, dadurch soll eine soziale Ausgrenzung verhindert werden. Die EU ermöglicht es ihren Bürgern, das Beste aus ihren Fähigkeiten zu machen.
Die Sozialdemokraten setzen sich für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik ein. Im Sinne des Verbrauchers soll nicht alles gemacht werden, was technisch möglich ist. Der Schutz des Einzelnen steht im Vordergrund. Strenge Umweltstandards sollen gemeinsam mit den europäischen Partnern weltweit durchgesetzt werden. Ziel der SPD ist es, Europa zum Vorreiter einer verantwortungsbewussten globalen Umweltpolitik zu machen.	Das europäische Hochschul- und Forschungswesen muss so weiterentwickelt werden, dass Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft eine gute Ausbildung bekommen. Nicht der Geldbeutel der Eltern darf über die Zukunftschancen der Kinder entscheiden. Grenzüberschreitende Bildung und Forschung muss ohne bürokratische Hürden möglich sein. Bildungsabschlüsse müssen in allen Ländern der EU anerkannt werden. Bestehende Arbeitsplätze müssen gesichert und neue geschaffen werden. Weiterhin soll die kulturelle Vielfalt zwischen den Völkern gestärkt werden.
Für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz – gegen Raubbau. Erneuerbare Energien sollen gefördert und die Artenvielfalt erhalten werden. Lebensmittelsicherheit (somit der Verbraucherschutz) soll durch umwelt- und naturgerechte Anbauweise sowie artgerechte Tierhaltung garantiert werden.	Ein gerechtes, grenzüberschreitendes Bildungswesen soll aufgebaut werden, das die Individualität des Einzelnen fördert und „Lebenslanges Lernen“ ermöglicht. Kunst und Kultur sollen gefördert werden, um das gemeinsame europäische Erbe in seiner Vielfalt und Lebendigkeit zu erhalten und das gegenseitige Verständnis gegenüber unterschiedlichen Traditionen zu fördern.
Die Überreglementierungen unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes sollen beseitigt werden. Umweltschutz soll mit marktwirtschaftlichen Mitteln betrieben werden.	Unsere Stärke liegt im hohen Bildungsniveau der Bürger und dem technologischen Know-how der Unternehmen; dieser Fortschritt muss durch stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung ausgebaut werden. Bildung bleibt nationale Aufgabe, aber die nationalen Abschlüsse müssen europaweit vergleichbar sein. Darüber hinaus sollen die Austauschmöglichkeiten in Schule, Ausbildung und Studium ausgebaut werden.
Die Durchsetzung von geschlossenen Energiekreisläufen, Förderung erneuerbarer Energien und verstärkter Einsatz produktionsintegrierter Umweltschutztechnologien sowie der Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt der Natur und Landschaft und der Atomausstieg sind in ihrem Programm zu finden.	Sie möchten die gegenseitige Anerkennung von Studien- und Berufsausbildungsabschlüssen innerhalb der EU erreichen und die Möglichkeit des „Lebenslangen Lernens“ für jeden durchsetzen. Die Mittel für die Kultur sollen erhöht werden, um ihre Vielfalt zu erhalten, ihre Rechte zu schützen und die kulturelle Zusammenarbeit in und außerhalb der EU zu erreichen.

Die Europawahl 2004 in der Schule?

Weitere Informationen unter

www.juniorwahl.de

Schaut mal rein, es lohnt sich!

Juniorwahl 

Gehört die Türkei dazu?

PRO und CONTRA eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union

Kopenhagener Kriterien:

Diese Punkte müssen alle Länder erfüllen, um der EU beitreten zu dürfen. Vor allem hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit erfüllt die Türkei diese nicht.

Menschenrechte:

Die Menschenrechtslage in der Türkei ist sehr schlecht. Unter anderem wird immer noch von Folter und schwerer Misshandlung auf Polizeistationen berichtet. Zudem werden Minderheiten wie beispielsweise den Kurden in der Türkei nicht die gleichen Rechte zugestanden wie anderen.

Geografische Lage:

Obwohl die EU keine formalen Grenzen festgelegt hat, liegt nur ein kleiner Teil der Türkei auf dem europäischen Kontinent. 95 Prozent des Landes liegen in Asien. Mit Verweis auf seine Lage außerhalb Europas wurde bereits Marokko die Mitgliedschaft in der EU verweigert.

Religion:

Die Türkei ist ein muslimisches Land, wohingegen die EU sich immer wieder ausdrücklich auf ihr christliches Erbe beruft.

Wirtschaft:

Mit einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent und einer Inflation von 50 Prozent würde die türkische Wirtschaft den EU-Binnenmarkt schwer belasten. Die Lücke zwischen der EU und der Türkei ist trotz Reformen sehr groß.

Zypernproblem:

Wird die Teilung Zyperns nicht aufgehoben, würde die Türkei damit ein EU-Mitgliedsland – nämlich Zypern – de facto besetzen und keine diplomatischen Beziehungen mit diesem unterhalten.

Lange Geschichte:

Die Türkei hat bereits im Jahr 1963 ein Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen. 1987 stellten die Türken einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EU.

Von der EU angemahnte Reformen:

Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Erdogan hat große Reformfortschritte geleistet.

Geostrategische Lage:

Die Türkei könnte als Vorposten der EU im Nahen Osten dienen und somit die Position Europas in Ländern wie Israel, dem Irak und dem Iran stärken.

Angst vor dem Fremden:

Kritiker eines türkischen Beitritts führen die großen kulturellen und religiösen Unterschiede der Türkei zur EU an. Doch: Bereits heutzutage leben viele Türken in Europa – vor allem in Deutschland.

EU-Euphorie:

Die Zustimmung der Türken zu einem EU-Beitritt ist viel höher als unter der Bevölkerung in anderen EU-Ländern.

Zypernproblem:

Der Norden Zyperns ist seit 1974 von der Türkei besetzt und vom Süden abgetrennt. Im Zuge von Beitrittsverhandlungen könnte die EU die Türken im Norden zum Rückzug zwingen. Eine Chance zur Lösung des Konflikts.

Die Liste der Argumente ist keinesfalls vollständig. Sie soll nur einen kleinen Einblick in das Thema geben, da dieses sicherlich im Wahlkampf zur Europawahl eine große Rolle spielen wird.

Zusammengestellt von Michael



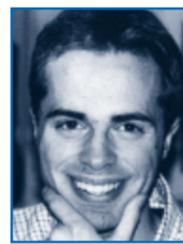
EU-Beitritt der Türkei?

Eine Umfrage unter Jugendlichen

Funda, 23 Jahre, Arzthelferin; Kismeth, 16 Jahre, Schülerin; Sina, 20 Jahre, Hausfrau



„Wir fänden es eigentlich wirklich gut, wenn die Türkei in die EU eintreten könnte, weil die Türkei braucht das wirklich – Unterstützung halt.“



Jonas, 25 Jahre, Student

„Die Türkei soll der EU nicht beitreten, weil rein geografisch nur ein ganz kleiner Teil der Türkei überhaupt zu Europa gehört und die EU auf Europa begrenzt bleiben sollte. Die Außengrenzen der EU zu Krisenherden im nahen Osten (Irak, Iran, Syrien) könnten deren Stabilität gefährden.“



Corinna, 18 Jahre, Auszubildende

„Ich denke, wenn die Türkei wirklich in die EU eintreten würde, gäbe es für uns nicht so einen großen Unterschied, zumindest wüsste ich jetzt keinen, der mir jetzt spontan einfallen würde. Ich müsste mich auch einfach mal informieren, ob es dafür Vor- und Nachteile gibt. Dann müsste ich mir eine Meinung bilden. Momentan ist es mir wurscht.“



Laura, 18 Jahre, Schülerin

„Grundsätzlich habe ich nichts dagegen, dass die Türkei in die EU aufgenommen wird, aber dann müssten sich dort die Menschenrechte mehr durchsetzen und auch die Religionsfreiheit und so. Das wären Voraussetzungen für einen Beitritt der Türkei in die EU.“



Matthias, 18 Jahre, Abiturient

„Die Währung der Türkei ist einfach zu instabil, das würde den gesamten Euro-Markt destabilisieren. Deshalb bin ich aus wirtschaftlichen Gründen dagegen.“



Christian, 19 Jahre, Abiturient

„Ich sehe den Beitritt der Türkei in die EU aus verschiedenen Aspekten als äußerst problematisch an. Einer davon ist die Religion: Die Türkei ist ein durch den Islam

geprägtes Land, während alle bisherigen EU-Staaten und auch die Beitrittsländer christlich sind. Das könnte zu Spannungen zwischen den Religionen führen. Außerdem bekommt so der Extremismus womöglich besseren Einzugs nach Europa.“



Philipp, 18 Jahre, Schüler

„Generell wäre ich da nicht dafür, weil der ganze Standard in der Türkei noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in den anderen Ländern der EU. Zuerst müssten Gesetzesreformen durchgeführt werden, weil das nicht sein kann, dass man, wenn man nur einen Stein im Gepäck hat, schon ins Gefängnis kommt. Außerdem müsste die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau weiter fortgeschritten sein, denn das ist auch ein gewisser Grundsatz in der ganzen EU.“



Frederik, 19 Jahre, Abiturient

„Grundsätzlich bin ich nicht der Meinung, dass die Türkei zur EU kommen sollte. Dann wäre die EU ein viel zu großes Gebilde, das viel zu viel Gewicht hat, mit viel zu wenigen Menschenrechten und viel zu vielen politischen Ungereimtheiten und Krimskrams.“

Die Fragen stellten Elena und Ina

Unsere Umwelt vor dem Kollaps?

Amsterdam – Eine europäische Chance für die Umwelt

Wusstest du eigentlich, dass die Umwelt neben der Sonne unsere einzige Lebensgrundlage ist? Leider wollen sich das die meisten Menschen nicht eingestehen – und so werden weiterhin Abfälle in unsere Meere gekippt, Flüsse mit Chemikalien verseucht, CO₂ und andere Gase in die Luft geschleudert sowie wertvoller Naturraum zerstört. Die Auswirkungen dieses Handelns kannst du immer wieder erleben: Das Weltklima erwärmt sich. In dessen Folge kommt es immer häufiger zu Naturkatastrophen (Stürme, Überschwemmungen, Erdbeben, Waldbrände) und das Artensterben setzt sich fort. Auch Europa ist davon betroffen und langsam scheinen wir zu erkennen, wie wichtig unsere Umwelt ist. Da dies aber anscheinend nicht alle verstehen, gibt es die Umweltpolitik, denn sie soll durch Gesetze, Richtlinien und Verordnungen wesentlich zum Schutz und zur Verbesserung unserer Umwelt beitragen.

In der Europäischen Union (EU) ist Umweltpolitik schon seit 30 Jahren ein Thema. 1992

wurde der Umweltschutz durch das Querschnittsprinzip in alle Politikfelder und Maßnahmen einbezogen, hat bisher jedoch noch keinen Vorrang.

Im „Amsterdamer Vertrag“ vom 1. Mai 1999 legte man das Prinzip der „Nachhaltigen Entwicklung“ und die ersten Themengebiete, Luftverschmutzung und Umgang mit Chemikalien, fest. Diese beiden Themen spielen auch in der aktuellen Politik eine Rolle, denn wer hat noch nicht von der Senkung des CO₂-Ausstoßes oder den Diskussionen um die neuen Chemikaliengesetze gehört? Aber wie funktioniert das alles? Wer mischt da auf europäischer Ebene in Sachen Umwelt eigentlich alles mit? Ich werde versuchen, euch eine Antwort zu geben.

Die drei Hauptakteure in der Umweltpolitik sind die EU-Kommission, der Ministerrat „Umwelt“ und das Europaparlament. Hier eine kleine Erklärung zu diesen drei Hauptakteuren: Die **EU-Kommission**, genauer gesagt die Generaldirektion Umwelt, beschäftigt sich mit 17 Umweltbereichen und

hat die Aufgabe neue Umweltverordnungen und -richtlinien vorzuschlagen sowie deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten zu kontrollieren.

Der **Ministerrat „Umwelt“**, in dem sich alle Umweltminister(innen) der Mitgliedsländer treffen, befasst sich mit den vom Parlament geprüften Vorschlägen der Kommission. Die mitarbeitenden Minister(innen) können mit Zustimmung des Europaparlaments neue Rechtsakte erlassen.

Und schließlich: **Das Europäische Parlament (EP)** hat seit 1973 einen eigenen Umweltausschuss und beeinflusst durch sein Entscheidungsrecht die Umweltgesetzgebung der Europäischen Union. Es hat die Aufgabe, die Vorschläge der Kommission zu prüfen und Änderungen dieser Vorschläge gemeinsam mit dem Ministerrat zu erarbeiten.

Ist eine neue Richtlinie oder Verordnung auf europäischer Ebene beschlossen worden, sind die Mitgliedstaaten an der Reihe, diese in nationales Recht umzuwandeln. So kann

eine Richtlinie zu unterschiedlichen nationalen Gesetzen führen. Natürlich darf die EU-Kommission bei einer mangelhaften Umsetzung der Vorgaben in nationales Recht auch eingreifen, aber erst dann, wenn das Ziel des Gesetzes verfehlt wurde und die anderen Staaten bessere Ergebnisse erzielen.

Einige Parteien haben laut ihren Wahlprogrammen die Vision, Europa zum Motor der globalen Umweltpolitik zu machen. Mit unseren modernen europäischen Technologien kann dies bald Wirklichkeit werden. Sie müssen ihre Vision nun umsetzen!

Aber nicht nur die Parteien sind dabei wichtig: Du selbst kannst wesentlich dazu beitragen, indem du dich informierst, mitdiskutierst und anderen erklärst, aus welchem Grund unsere Umwelt wichtig ist. Die Generation vor uns hat vieles falsch gemacht; lasst uns dafür sorgen, dass die nachfolgende uns dies nicht zum Vorwurf machen kann.

Claudia

Wie soll die Zukunft aussehen? – Es liegt an uns!

Ein Zukunftsszenario zum Verhältnis zwischen der EU und den USA im Jahre 2025

Wir schreiben das Jahr 2025 und der Welt steht ein Konflikt ins Haus. Der amerikanische Präsident John Smith befindet sich auf Staatsbesuch in Europa. Die folgenden beiden Szenen könnten sich abspielen:

1. Es herrscht reichlich Gesprächsbedarf zwischen den USA und der EU. Die USA haben den noch jungen Staat Ruindi nach langen Unruhen durch einen Präventivschlag angegriffen. Vor wenigen Tagen hat der amerikanische Präsident das Ende der offiziellen Kampfhandlungen in Ruindi verkündet. Nun ist er auf Besuch in Europa. Smith: „Na, ihr Europäer – wieder haben wir euch gezeigt, zu was wir Amerikaner militärisch im Stande sind. Nun seid ihr an der Reihe: Wir brauchen 353.000 Soldaten zur Überwachung der Lage im neuen Ruindi, außerdem medizinische

Unterstützung und, und, und... Zu guter Letzt müsst ihr euch alle an den Kosten unseres Präventivkrieges beteiligen, denn dadurch ist die Welt auch für euch besser geworden.“

2. Der Europäische Präsident Guiseppa Lumjak empfängt den amerikanischen Präsidenten John Smith nur ungern, denn eigentlich ist Lumjak für eine Isolation Europas. Die USA planen mittels eines Präventivkrieges den Staat Ruindi zu demokratisieren. Smith will dafür im Vorfeld die Europäer gewinnen. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten sagt Lumjak: „Wir Europäer wollen keine Geschäfte mit den USA machen. Wir haben unsere eigenen Streitkräfte und unsere eigene Wirtschaft. Wir werden uns in keiner Weise an militärischen Präventivhandlungen beteiligen. Die USA machen sowieso, was sie wollen, und

wir werden uns in Zukunft als Gegenpart zur USA profilieren und eigenständig unsere Interessen in der Welt vertreten. Wir werden in die Raumfahrt investieren und eine Kolonie auf dem Mars gründen, damit die Besiedlung des Weltraums voranschreitet.“

Beides wäre nicht wünschenswert. Weder Variante 1 mit den übermächtigen Amerikanern und Europa als purem Anhängsel der letzten Supermacht, noch Variante 2, in der sich beide als reine Gegenspieler betrachten und stur ihre eigenen Interessen in der Welt verfolgen. Hätte man sich in Europa doch nur damals, im Jahre 2004, auf eine gemeinsame Verfassung geeinigt und Europa weiter zusammenwachsen lassen. Die Pläne waren vorhanden, doch nur wenige Bürgerinnen und Bürger interessierten sich für ein starkes Europa. Von den Regierungen wurden natio-

nale Interessen über die Idee eines gemeinsamen Europas gestellt. Die Folge war eine Zersplitterung der EU in verschiedene Ländergruppen und damit ihre Schwächung. Das Projekt EU als Friedensmacht zur Verhinderung weiterer amerikanischer Alleingänge scheiterte.

Zurück ins Jahr 2004. Klar ist: Wir erleben eine entscheidende Phase. Europa muss zu einem gleichberechtigten Partner – nicht aber zu einem Gegner der USA – heranwachsen. Nur gemeinsam können die Aufgaben in der Welt durch Austausch von Wissen, Technologien und Gütern gemeistert werden. Die Europäische Union existiert bereits seit längerem, es liegt an uns, was wir daraus machen.

Markus und Michael

Die EU – Gegenüber? Partner? Konkurrent der USA?

Gedanken zur Zukunftsgestaltung

Wie soll das Verhältnis der Europäischen Union (EU) zu den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) denn nun zukünftig gestaltet werden?

Die beiden "youngstars"-Redakteure Benjamin und Michael haben zwei – fiktive – Kommentare verfasst, die zwei Positionen deutlich machen:

Die Welt braucht ein starkes Europa

Es war eine bittere Stunde – für die Welt und vor allem für Europa. Die USA führen ohne Rücksicht auf das Völkerrecht Krieg gegen den Irak, und die Welt schaut dabei zu.

Wo waren die mäßigend wirkenden Kräfte? Gegenpole zu der Weltmacht USA? Fehlange.

Der einstige Widerpart, die Sowjetunion, ist seit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 ein Schatten seiner selbst. Der aufstrebende Riese China ist noch nicht so weit. Bleibt nur Europa. Doch wo war die viel gepriesene EU?

Zerstritten. Gespalten in ein „altes“ und ein „neues“ Europa. Polen, Spanien und Großbritannien unterstützten den Krieg, Franzosen und Deutsche waren dagegen. Ja,

Leute, so kann man sich beim amerikanischen Präsidenten kein Gehör verschaffen! Die Folge: Ist Europa zerstritten, macht die USA, was sie will.

Selten zuvor wurde die Notwendigkeit eines starken Europas so deutlich. Die EU muss als mäßigender Partner auf die einzige verbliebene Supermacht USA einwirken. Versteht mich nicht falsch, nicht als Ersatz für den einstigen Erzfeind Sowjetunion, sondern vielmehr als Freund und Partner auf gleicher Augenhöhe. Um dies jedoch zu erreichen, muss Europa geeint, mit einer Stimme sprechen. Die Welt braucht ein starkes Europa – als „Friedensmacht“ neben den USA.

Petra Musterfrau

Europäischer Pluralismus oder das gespaltene Verhältnis zu den USA

In Deutschland mehren sich die Rufe nach einer starken EU als machtpolitische Alternative zu den USA. Europa mangle es an Selbstbewusstsein. Ist es sich denn seiner selbst bewusst? Hat es mit allen Konsequenzen erkannt, in grundlegenden Fragen der Welt- und Friedensordnung uneinig zu sein? Hat es realisiert, interne Konflikte wie den im Kosovo nicht ohne militärische Hilfe Amerikas selbstständig lösen zu können? Glaubt es, intern zerstritten und teils als pazifistisch wahrgenommen, diese Welt anstelle der USA ordnen zu können? Denkt es, bei den Tyrannen und Schurken dieser Welt den nötigen Respekt zu haben?

In intellektuellen Zirkeln wird der europäische Führungsanspruch aus der Autorität des Völkerrechts gemittelt, die stets über den Ordnungsinteressen einzelner Länder stehe und deren Wächter Europa sei. Dabei wird vergessen, dass in der internationalen Rechts-

sprechung umstritten ist, ob der zweite Irakkrieg überhaupt völkerrechtswidrig war.

Es wird in der Auseinandersetzung also auf eine gerade nicht eindeutige Rechtslage verwiesen. Merkwürdig ist zudem, dass die ebenfalls umstrittene völkerrechtliche Legitimationsproblematik im Kosovo- und im Afghanistankrieg wenig interessierte. Ein Krieg ist aber nicht deswegen völkerrechtswidrig, weil man ihn für politisch und moralisch richtig oder falsch hält. Europa sollte seine Hausaufgaben machen, bevor es Profilverwechslungen nachgibt und sich übernimmt. Denn andernfalls würde es sich selbst vorführen. Ein intelligentes Europa kennt seine Schwächen und überlässt geo- und friedenspolitische Fragestellungen den souveränen Nationalstaaten. Also: Die EU ist ganz sicher keine machtpolitische Alternative zur USA!

Markus Mustermann

Friede, Freude, Eierkuchen im Umweltsektor? Denkste!

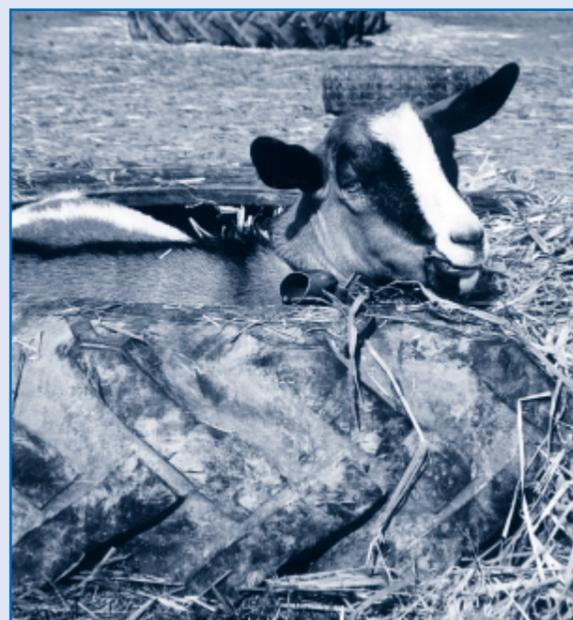
Ein Kommentar zu den giftigen Konsequenzen politischen Handelns

Wer nebenstehenden Artikel zur Umweltpolitik gelesen hat, könnte meinen, es sei alles bestens geregelt und es würde alles getan um einen nachhaltigen Umweltschutz zu gewährleisten. Leider sieht die Realität oft anders aus. Autobahnen werden mitten durch Naturschutzgebiete gebaut und Gewerbebestände sollen in Überschwemmungsgebieten entstehen. Diese Handlungen sind gesetzlich verboten und geschehen doch direkt vor meiner Haustür. Ich frage mich: Was nützen die besten Umweltgesetze, wenn ihre Umsetzung nicht genug kontrolliert wird oder wirtschaftliche Vorteile wichtiger sind? Ein aktuelles Beispiel, dargestellt in der ARD-Sendung „Kontraste“ (www.kontraste.de) vom 19. Februar 2004, macht dieses Problem deutlich. Berater der EU-Kommission stellten fest, dass einige für Autoreifen verwendete Öle, speziell die PAH (Polyzyklische Aromaten), beim Menschen Krebs verursachen. Eine Studie des Bundesumweltamtes bestätigt dies und zeigt, dass momentan fast alle im

Handel erhältlichen Autoreifen die zulässigen Grenzwerte diesbezüglich überschreiten. Der Nachweis der Schädlichkeit war also erbracht und die EU-Kommission wollte eine schnelle und radikale Reduzierung der PAH in Reifen beschließen. Aber die europäische „Reifen-Lobby“ lief Sturm gegen die Entscheidung aus Brüssel – und so wird dieses Gesetz in Deutschland nicht sofort, sondern erst 2009 in Kraft treten. Dabei sind uns die Konsequenzen bekannt. Zudem ist es möglich ungiftige Reifen herzustellen. Weitere fünf Jahre, in denen giftige Stäube in unsere Atemluft gelangen und uns sowie unsere Mitmenschen gefährden, werden vergehen, nur um den Profit der Reifen-Lobbyisten nicht zu mindern.

Dies ist nur ein Beispiel und ich möchte nicht wissen, wie oft hinter verschlossenen Türen gegen unsere Umwelt entschieden wird. Leider kann ich allein nicht eingreifen und so schüttle ich nur den Kopf und frage mich, wann wir endlich einsichtig werden.

In der Bibel steht im 1. Buch Mose, dass Gott



alles schuf und diese Schöpfung den Menschen übergab. Gottes damaliges Urteil war „sehr gut“ (Genesis 1,31). Wie würde ER wohl heute urteilen? Wir zerstören seine Schöpfung wissentlich, lassen uns von Geld und Macht leiten und bilden uns ein, vieles besser zu wissen und zu können als ER (Stichwort genmanipulierte Lebensmittel oder geklonte Menschen). Aber es ist gleich, welchem Glauben man angehört; Fakt ist vielmehr, dass unsere Umwelt sehr gut ohne uns auskommen kann, wir aber nicht ohne unsere Umwelt – egal wie viel Geld oder Macht wir haben.

Claudia

Wanna be a global player?

Chance Europa: Welche beruflichen Möglichkeiten bietet mir die EU?

Tischlern in Paris, tapezieren an der Adria, das Diplom in London oder gar arbeiten auf Mallorca? Europa rückt zusammen und öffnet uns viele Türen für Ausbildung und Karriere. Doch wie sieht es mit der rechtlichen Absicherung aus? Sind die Weichen gestellt – und wenn ja, lohnt es sich auf den Zug aufzuspringen?

Die große weite Welt lockt. Wer träumt nicht davon, dem tristen Alltag den Rücken zu kehren? Wer möchte sich nicht aufmachen zu einem neuen spannenderen Leben. Doch die süße Träumerei scheidet meist schon an den ersten rationalen Gedanken.

Kann ich überhaupt arbeiten, wo ich will? Wie soll ich bloß einen Arbeitsplatz finden? Darf ich eigentlich überall wohnen, wo ich möchte? Was wird aus meiner Rente in Deutschland? Bin ich da überhaupt versichert?

Diese Fragen stellen wohl die größten Sorgen dar, die ein Auswanderer haben könnte. Aber



nicht nur er zerbricht sich den Kopf darüber, sondern auch die Regierungschefs der Europäischen Union (EU). Um dies richtig zu stellen: Sie haben es bereits getan. Sie haben versucht, möglichst viele Grenzen zu öffnen und ihren Bürgerinnen und Bürgern so ein noch flexibleres Leben zu ermöglichen. Ziel ist dabei auch, dass sich die Europäer(innen) wirklich mit ihrem Europa identifizieren. So wurden Gesetze geschaffen, die europaweit uneingeschränkt gültig sind und für jeden Europäer und jede Europäerin Gültigkeit haben.

Zum Beispiel kann Valerie Musterfrau aus Worms genauso einen Arbeitsvertrag bei der France Télécom unterschreiben wie Pierre Exemple aus Frankreich. Sie muss dafür keine Behörde konsultieren. Durch diesen Arbeitsvertrag hat sie gleichzeitig einen rechtlichen Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich erworben. Somit wäre also die erste Hürde schon genommen, denn sie hat gezeigt, dass sie finanziell unabhängig ist. Nun darf sie sich auch länger als drei Monate in Frankreich aufhalten. Da sie nun ein Gehalt bezieht, muss sie auch Sozialabgaben abführen und sich bei einer nationalen Krankenkasse versichern. Sozialabgaben für eine Deutsche in Frankreich? Zahlt der deutsche Staat im Falle von Arbeitslosigkeit nicht für seine Bürger(innen)? Unter diesen Umständen nicht. Solange Valerie Musterfrau eine Arbeitserlaubnis in einem

Mitgliedsland der EU besitzt, muss dieses ihr auch im Fall der Fälle unter die Arme greifen. Ob ihre Aufenthaltserlaubnis ihr jedoch bei Arbeitslosigkeit verlängert wird, ist stark zu bezweifeln. Warum jemanden dulden, der den Staat unnötig Geld kostet? Ist das die europäische Solidarität? „Natürlich nehmen wir dich auf, europäische Schwester – solange du uns nichts kostest.“ So lautet die tatsächliche Devise!

Wer sich davon nicht abschrecken lassen will: Informationen zu Jobs in Europa findet man nach mühsamem Suchen unter www.arbeitsagentur.de. Auf der wesentlich userfreundlicheren Plattform www.arbeiten.de wird dem Benutzer sogar ermöglicht, europaweit nach offenen Stellen zu suchen. Zu beobachten ist jedoch, dass die Nachfrage nach solchen Jobs höher ist als das Angebot. Freie Stellen werden immer noch bevorzugt von Einheimischen, den „Locals“, besetzt, da diese meist mehr von den einheimischen Strukturen und Mentalitäten verstehen.

Aber mal ganz abgesehen von den beruflichen Möglichkeiten bietet uns Europa in unserem Leben schon viel früher, nämlich während der Ausbildung, die Chance global aktiv zu werden. So ist allgemein bekannt, dass Berufseinsteiger(innen) mit Auslandserfahrung die Karriereleiter schneller erklimmen. Zu diesem Thema hat die Bundesagentur für Arbeit eine Neuauflage der Broschüre „Europa kommt – Wir gehen hin“ herausgebracht. Diese ist mit etwas Glück auf www.arbeitsagentur.de zu finden oder auch direkt bei den Arbeitsagenturen zu bestellen.

Wer ins Ausland gehen möchte, erfährt viel über Schulsysteme, Ausbildungs- und Studienwege, Praktika, Jobs und Au-pair in den Ländern des europäischen Wirtschaftsraums und in den Beitrittsländern.

Des Weiteren lohnt sich für männliche Altersgenossen zumindest ein Blick auf die Seiten www.zivildienst.de und www.adia.de. Hier bekommt man Informationen über den „Anderen Dienst im Ausland“ (ADiA) und den „Freiwilligen Friedensdienst“ (FFD). Diese ermöglichen es sozial engagierten Jugendlichen Auslandserfahrungen zu sammeln und sich auf ihre Selbstständigkeit zu testen. Der ADiA ist für Zivildienstpflichtige sogar eine anerkannte Alternative zum bekannten Dienst in Deutschland. Mehr Infos dazu auf den genannten Pages.

Aber auch für junge Frauen gibt es über einen Freiwilligendienst die Möglichkeit schon früh ins Ausland zu gehen. Infos gibt es z.B. unter www.djia.de oder unter www.jugendfuereuropa.de.

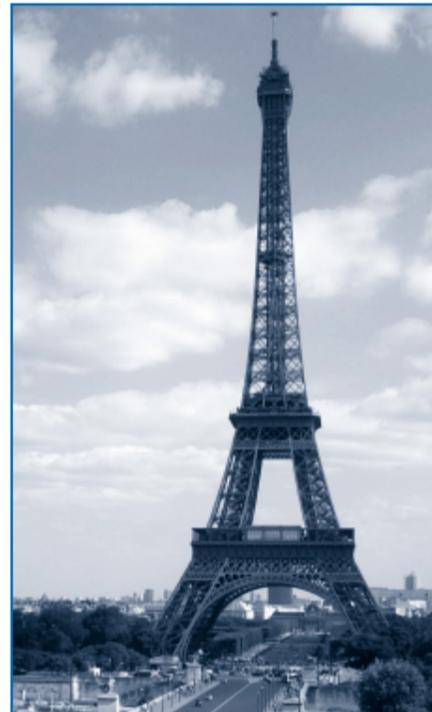
Wie ihr also merkt, sind die Rahmenbedingungen geschaffen, die Tore zur Welt stehen offen. Jetzt müsst ihr nur noch herausfinden, ob und welches das Richtige für euch ist. Viel Glück dabei!

Gerald

Vive la France!

Deutsch-französische kaufmännische Ausbildung in der Weltmetropole Paris

Wer träumt nicht davon, einmal in seinem Lieblingsland nicht nur für zwei Wochen Urlaub zu machen, sondern sogar dort zu arbeiten. Für all diejenigen, die gerne einen Auslandsaufenthalt in Frankreich und außerdem eine kaufmännische Ausbildung machen wollen, kann dieser Traum wahr werden.



Über die Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen kann man nach dem Abitur in Nordrhein-Westfalen eine zweijährige deutsch-französische Ausbildung in Paris machen. Aufgrund eines Modellprojektes ist diese internationale Ausbildung seit 1987 möglich. Die Absolventin oder der Absolvent beendet ihre/seine Ausbildung mit dem deutschen Abschluss „Industriekaufrau/-mann“ und mit dem französischen Diplom „Brevet de Technicien Supérieur (BTS) Comptabilité/Gestion“. Die anschließenden Berufschancen sind sowohl auf dem deutschen als auch auf dem französischen Arbeitsmarkt sehr gut. Voraussetzungen sind natürlich gute Französisch- und Mathekenntnisse sowie Lust eine neue Welt kennen zu lernen. Aber wie funktioniert das Ganze konkret?

Schule und Betrieb

Zunächst schließt der/die angehende deutsche Auszubildende einen Ausbildungsvertrag mit einem Pariser Unternehmen ab, das sich an dieser internationalen Ausbildung beteiligt. Mittlerweile sind es an die 50 deutsche und französische Firmen in Paris. In einem Rhythmus von vier Wochen wechseln die Azubis zwischen Schule und Betrieb. Das theoretische Wissen wird in der Schule „Ecole Franco-Allemande de Commerce et

d'Industrie (EFACI)“ in Paris vermittelt. Dort werden Franzosen und Deutsche gemeinsam unterrichtet. In der jeweiligen Firma wird dann Praxiserfahrung gesammelt. Für die Betreuung ist Dr. Angelika Ivens von der IHK Aachen zuständig. Sie berät die Jugendlichen und hilft ihnen bei Problemen.

Finanzierung

Der jeweilige Ausbildungsbetrieb bezahlt dem Azubi das Schulgeld und – je nach Ausbildungsjahr und Alter – 550 bis 750 Euro monatlich. Doch leider sind die Mieten selbst für einfache Wohnverhältnisse in Paris sehr hoch. Aber der französische Staat gewährt einen Mietzuschuss von ungefähr 150 Euro. Berücksichtigen sollte man auch die höheren Lebenshaltungskosten – in Frankreich ist alles etwas teurer als hier in Deutschland.

Aufenthaltsgenehmigung/Meldepflicht

In den ersten drei Monaten hat man mit gültigem Personalausweis freien Aufenthalt in Frankreich. Da die Ausbildung aber zwei Jahre dauert, muss vor Ablauf dieser Frist eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt werden. Sie ist in der Regel fünf Jahre gültig. Der Antrag wird bei der Zentralstelle für EU-Angehörige in Paris oder bei den örtlichen Meldebehörden gestellt. Dafür sind der gültige Personalausweis, eine Bescheinigung des Arbeitgebers, der Krankenversicherungsnachweis u.a. nötig.

Soziale Absicherung

Als Arbeitnehmer(in) im Ausland unterliegt man dem Sozialsystem des jeweiligen Landes. Krankenversicherung u. a. dürften kein Problem sein. Genauere Informationen erhält man bei jedem EURES-Berater des jeweiligen Arbeitsamtes. EURES steht für „European Employment Services“.

Anmeldung

Die Anmeldung erfolgt über ein Formular auf www.ausbildunginternational.de. Auf dieser Homepage finden sich weitere Infos zu den Bewerbungsunterlagen und den Informationsstellen. Nach der schriftlichen Bewerbung wird der Abiturient/die Abiturientin zu einer Auswahl der IHK Aachen eingeladen. Pro Jahr werden 20 bis 30 Bewerberinnen und Bewerber angenommen. Als angehende Azubi gibt es dann sowohl ein Vorstellungsgespräch an der Pariser Schule als auch in dem späteren Ausbildungsbetrieb. Der nächste Ausbildungstermin startet im Oktober 2004.

Saskia

Links:

www.ausbildunginternational.de
www.europa.eu.int/eures
www.eins-live.de/daswort/diesendungen/service/ab_ins_ausland.html

youngsters setzt die Idee von „Come in Contract“ um. „Come in Contract“ ist Teil der bundesweiten Kampagne „Projekt P – misch dich ein“. P steht für Politik und Partizipation. Projekt P will erreichen, dass Kinder und Jugendliche ihre Bedürfnisse, Interessen, Hoffnungen, Ängste und Probleme in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbringen können. Das gilt für ihr unmittelbares Lebensumfeld und für alle politischen Ebenen. „Projekt P“ will vor allem Kinder und Jugendliche aber auch Erwachsene in Macht- und Entscheidungspositionen mobilisieren, vorhandene Beteiligungsformen stärken und neue Formen der Beteiligung entwickeln und erproben. „Projekt P“ bedeutet, Kinder und Jugendliche an Konzeption, Planung und Projektrealisierung zu beteiligen. Der Deutsche Bundesjugendring, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Bertelsmann Stiftung haben sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, um Projekt P in den Jahren 2004 und 2005 durchzuführen.



Das Team der youngsters



Benjamin Herz (22 Jahre),
 Saskia Gamradt (24),
 Michael Müller (25),
 Désirée Müller (24),
 Meike Baumgart (21),
 Valerie Rödder (18),
 Kerstin Strauch (18),
 Ina Theile (18),
 Gesche Sczeponek (19),
 Gerald Dissen (19),
 Markus Kress (20),
 Claudia Stingl (25),
 Elena Schreiber (19)

(von oben links nach unten rechts)

Impressum

Herausgeberin:

♀ aej Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej)
 Otto-Brenner-Straße 9, 30159 Hannover,
 E-Mail: info@evangelische-jugend.de,
 Internet: www.evangelische-jugend.de

Verantwortlich:

Martin Strecker, Referent für Europäische Jugendpolitik,
 Friederike Rosengarten, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Karikaturen:

Aresu Kuchem

Grafik, Satz:

StudioProkopy Agentur für visuelle Medien Berlin,
 Petersburger Platz 5, 10249 Berlin,
 Telefon: 030/42088114, www.prokopy.de

Druck:

Druckerei Gläser, Berlin

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionsteams bzw. der Herausgeberin wieder.